

Die Situation in der Türkei nach den Parlamentswahlen 2011

Die Neoliberal-islamische AKP stellt die Regierung - Unregelmäßigkeiten und faktische Aberkennung von Mandaten des „Wahlblocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit“ - AKP versucht schrittweise die absolute gesellschaftliche Kontrolle zu erlangen – u.a. durch gewaltförmige Eskalation der Situation, statt demokratischer Entwicklungen und auf Konsens orientierter Verfassungsreform – „Wahlblock,“ BDP und DTK stehen für demokratische Entwicklung

Die Wahlen

Bei den Parlamentswahlen in der Türkei wurde die Regierung der neoliberal-islamisch orientierten AKP, mit einem Ergebnis von 49,85% der Stimmen und 326 von 550 Sitzen im Parlament bestätigt. Das Ziel der AKP, mit einer 2/3 Mehrheit die verfassungsgebende Mehrheit zu erlangen wurde damit allerdings klar verfehlt. Auch die zum alleinigen Vorschlag eines Verfassungsvorschlags für ein Referendum notwendigen 3/5 Mehrheit verfehlte die Partei von Ministerpräsident R.T.Erdogan um 4 Abgeordnetensitze. Die einzige linke Oppositionskraft, das Wahlbündnis unabhängiger KandidatInnen aus dem Spektrum der kurdischen BDP, im Bündnis mit linken türkischen Gruppierungen, darunter der Partei der Arbeit EMEP, sowie der Sozialistisch Demokratischen Partei (SDP), der „Wahlblock für Arbeit, Demokratie und Freiheit“ erhielt 36 Mandate. Das ist im Vergleich zu 26 Sitzen bei den Parlamentswahlen 2007 ein Erfolg und gibt Anlass zur Hoffnung auf die Entwicklung einer stärkeren gesamtürkischen, linken Opposition.

Im Wahlprogramm des „Wahlblocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit“ werden u.a. Vorschläge zur Sozialen und ökologischen Gestaltung der Gesellschaft, sowie solche zur Verbesserung des Arbeitsrechts und der Arbeitsbedingungen, des Vereinigungsrechts, gewerkschaftlicher Organisierungsmöglichkeiten und der Frauengleichberechtigung unterbreitet. Zudem werden Lösungsmodelle in Bezug auf die Demokratisierung der Türkei und die kurdische Frage, wie auch zur Stärkung der Minderheitenrechte skizziert.

Die kemalistische CHP, die sich nach der Absetzung der Machtclique um den nationalistisch-chauvinistischen Hardliner Deniz Baykal, ein Stückweit in Richtung einer demokratischen Partei entwickelte, erhielt 25,91% der Stimmen und 135 Sitze. Die nationalistische MHP erhielt 12,99% der Stimmen und 53 Sitze. Diese beiden Parteien, dominierten noch in den 1990er Jahren gemeinsam mit weiteren Kräften die staatliche Oligarchie und vor allem das Militär und den „tiefen Staat.“ Bis ca. 2005 agierten sie in weiten Teilen als gemeinsamer, reaktionärer Block mit der AKP. Mittlerweile sehen sie sich mit dem zusehends aggressiv umgesetzten Alleinherrschaftsanspruch der Regierungspartei konfrontiert.

In den kurdischen Provinzen der Türkei war die Wahl, neben einer politisch selbstbewussten Bevölkerung, vor allem durch Bedrohung der WählerInnen seitens des Militärs und der Polizei sowie flächendeckenden Wahlbetrug gekennzeichnet. Internationale Wahlbeobachtungsdelegationen, unter deren 140 TeilnehmerInnen sich u.a. die MdB, Die Linke, Andrej Hunko, Heidrun Dittrich, Harald Weinberg, Jan van Aken und Ingrid Remmers, der MdEP, Die Linke, Jürgen Klute und eine Vielzahl weiterer ParlamentarierInnen aus aller Welt und Landtagsabgeordneten, sowie WissenschaftlerInnen und GewerkschafterInnen befanden, berichten übereinstimmend von einer Vielzahl von Bedrohungsszenarien,

Wahlfälschungen, Bestechungsversuchen und offener Gewalt durch staatliche Kräfte.

In einem gemeinsamen Bericht der unabhängigen Beobachterdelegationen heißt es: „Aufgrund der Vielzahl von beobachteten Verstößen gegen türkisches und internationales Recht, kann die Parlamentswahl 2011 keinesfalls als rechtmäßige, allgemeine, freie, geheime und demokratische Wahl bezeichnet werden. Gravierende Verstöße gegen türkische Gesetze und Verordnungen sowie internationale Standards waren kein Einzelfall, sondern eine systematische und flächendeckende Praxis der versuchten Einschüchterung, Bedrohung und Wahlfälschung.“¹

Zudem ist auch die 10% Hürde bei den Wahlen ein Hindernis für die demokratische Teilhabe der Menschen. Auch, dass im Ausland lebende türkische StaatsbürgerInnen an den Flughäfen in Istanbul und Ankara nicht die unabhängigen KandidatInnen, sondern nur Parteien wählen konnten, kann nicht als gleich und fair bezeichnet werden. „In den Provinzen Bitlis und Tunceli/Dersim ist die Anzahl der wahlberechtigten stationierten Militärs und Polizisten aus dem Westen der Türkei zudem so hoch, dass dies wahlentscheidend war,“ heißt es in dem Bericht weiter.

In der überwiegenden Anzahl der Wahllokale waren in den Städten bewaffnete Polizisten und in den Dörfern die Militärpolizei Jandarma, Soldaten und Dorfschützer präsent. Selbst eine aus menschenrechtlicher Sicht inakzeptable gesetzliche Regelung aus dem Jahr 2010, die vorschreibt, dass sich Sicherheitskräfte bis auf 15m an die Wahlurne annähern dürfen (anstatt zuvor 100m vom Wahlort), wurde flächendeckend nicht eingehalten. Die bewaffneten Polizisten, Jandarma und Soldaten hielten sich, ohne wie gesetzlich geregelt, von den UrnenleiterInnen dazu aufgefordert worden zu sein, direkt vor oder in den Wahlräumen und zum Teil direkt vor den Urnen auf. Zum Teil begleiteten die Polizisten, Soldaten oder Dorfschützer auch WählerInnen in die Wahlkabinen und hielten sich dort bis nach der Stimmabgabe auf.

In mehreren Fällen prügelten Soldaten, Jandarma und Polizisten WählerInnen aus den Wahllokalen oder verhinderten deren Zugang dazu. Zum Teil geschah dies mit Waffengewalt oder mit Hilfe von Panzerfahrzeugen. Berichten und Recherchen zufolge füllten in mehreren Fällen Jandarma und Dorfschützer die Wahlzettel ganzer Dörfer auch selbst aus. Zudem wurden WahlbeobachterInnen des Linken Wahlblocks von Polizisten zusammengeschlagen und mehr als 100 von ihnen am Wahltag grundlos verhaftet.²

Die Situation nach den Wahlen

Bei den Feierlichkeiten über den Erfolg des „Wahlblocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit“ attackierten Sicherheitskräfte vielerorts friedlich Feiernde. Es kam dabei zu zahlreichen Übergriffen mit einer hohen Anzahl von Verletzten. Die 54 jährige Hatice Idin, aus der ostkurdischen Stadt Sirnak, erlag eine Woche nach der Wahl im Krankenhaus ihren Verletzungen. Die Polizei hatte, wie seit 2009 regelmäßig bei Demonstrationen und Kundgebungen, gezielt Tränengasgranaten in die Menschenmenge geschossen. In Sirnak wurde zudem inmitten der feiernden Menschen, wenige Meter entfernt von der Delegation des MdB Harald Weinberg, ein Sprengsatz gezündet und 11 Menschen, zum Teil

¹ <http://solidarity-dicle.blogspot.com/p/reports-of-international-delegations-on.html>

² ebd.

lebensgefährlich verletzt. Die Polizei jagte die Menschen mit Tränengasgranaten und beschoss auf diese Weise daraufhin selbst das Krankenhaus, in dem die Schwerverletzten behandelt wurden, durch die Fensterscheiben. Eine forensische Untersuchung des Tatorts fand dagegen nicht statt. Erst direkt nach dem Verfassungsreferendum 2010 waren in der Provinz Hakkari, bei einem Racheakt in Form eines gezielten Bombenanschlags auf einen Kleinbus, das nachweislich von Kräften aus dem Militär durchgeführt wurde, 10 Menschen, die der BDP nahe standen, getötet worden. Die Untersuchung dieses Falls wird seitens des türkischen Staates ebenfalls blockiert.³

Wenige Tage nach der Wahl entzog die Hohe Wahlkommission (YSK) dem Politiker Hatip Dicle (BDP) das Mandat. Der Politiker, der bereits in den 90er Jahren, gemeinsam mit Leyla Zana eine 10 jährige Haftstrafe wegen kurdisch Sprechens im Parlament verbüßte, wurde im Rahmen des KCK Prozesses, aufgrund rechtlich unhaltbarer Vorwürfe, 2009 erneut inhaftiert. Bereits direkt vor der Wahl hatte die YSK Hatip Dicle zunächst von der Wahl ausgeschlossen, ihn jedoch nach vehementen Protesten wieder zugelassen.

Fünf weiteren Kandidaten des Wahlblocks verwehrten die Gerichte ebenfalls die Wahrnehmung ihres Mandates, da sie zurzeit inhaftiert sind. Zwei gewählte Politiker der kemalistisch- sozialdemokratischen CHP und einer der nationalchauvinistischen MHP sind von der gleichen Praxis betroffen. Diese Vorgehensweise widerspricht den Vorgaben der Türkischen Verfassung, wonach inhaftierte das passive Wahlrecht besitzen und im Falle einer Wahl Immunität erlangen.

Aus Protest gegen dieses rechtsstaatswidrige Vorgehen boykottieren die 36 Abgeordneten des „Wahlblocks“ das Parlament und halten ihre Fraktionssitzungen, bis zu einer rechtstaatlichen Klärung, in Diyarbakir/Amed ab. Die Abgeordneten der nationalistisch/kemalistischen CHP mit 135 Sitzen, beteiligen sich zwar an den Parlamentssitzungen, verweigerten aber ebenfalls aus Protest die Vereidigung im Parlament.

Ebenfalls direkt nach den Wahlen verhafteten die Behörden erneut mehr als 100 dem Wahlblock nahe stehende PolitikerInnen und AktivistInnen. Der mögliche und notwendige Demokratisierungsprozess ist momentan eher rückläufig.

Repressionswelle seit April 2009

Seit den Kommunalwahlen 2009 inhaftierten die Behörden insgesamt mehr als 3500 PolitikerInnen, JournalistInnen und GewerkschafterInnen, aus dem kurdischen Spektrum, im Rahmen der so genannten KCK verfahren - und weitere mehr als 500 linksoppositionelle in weiteren Verfahren. Selbst der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Markus Löning (FDP), kategorisierte die KCK Verfahren im EU Ausschuss des Bundestags, als Werk derjenigen Kräfte, die friedliche und demokratische Entwicklungen wie auch eine Lösung der kurdischen Frage verhindern wollen.

Die Vorwürfe gegen die vom KCK Verfahren Betroffenen sind rechtlich illegitim und nur aufgrund einer weitschweifigen Auslegung der „Anti- Terror Gesetze“ und des

³ www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,717881,00.html und www.nadir.org/nadir/initiativ/azadi/AZADlinfodienst/nr93/info93.pdf

Strafgesetzbuches möglich. Demnach kann z.B. jemand der Mitgliedschaft oder Unterstützung einer kriminellen Vereinigung für schuldig befunden werden, wenn er oder sie an Kundgebungen oder Veranstaltungen teilnimmt, die behördlicherseits einer kriminellen Vereinigung zugeschrieben werden - oder er/sie sich verhält wie ein Mitglied der Vereinigung ohne dies zu sein.

Sanktioniert werden hier keine Rechtsverstöße sondern vielmehr erfolgreiche und wirksame politische Arbeit und freie Meinungsäußerungen. Die Repressionsorgane kriminalisieren auf diese Weise gezielt diejenigen, die wirksam in der Arbeit in den kommunalen Basisorganisationen, in den Kommunalverwaltungen, in den Gewerkschaften, in Frauenorganisationen und im journalistischen Bereich tätig sind. In den meisten der gut 4000 Fälle wird den Beschuldigten, darunter 12 amtierenden und 2 ehemaligen BürgermeisterInnen, Propaganda für die - oder Mitgliedschaft in der - Dachorganisation KCK, der auch die PKK, angehört vorgeworfen, während sie sich real für die Einhaltung der Menschenrechte und eine friedliche Lösung der kurdischen Frage unter Beteiligung sämtlicher Akteure einsetzen. Die mehr als 500 weiteren inhaftierten Linksoppositionellen sind mit ähnlich hanebüchenen juristischen Konstrukten aufgrund ihres politischen Engagements konfrontiert.

Der türkische Staat proklamiert zwar den Willen zur Demokratie und einer friedlichen Lösung der kurdischen Frage – die Fakten sprechen allerdings eine andere Sprache:

- eine kontinuierliche Zunahme der Fälle von Folter seit 2007
- in den Jahren 2009 und 2010 jeweils mehr als 1100 Fälle von Folter, die bei den Menschenrechtsorganisationen IHD und TIHV angezeigt wurden
- mehr als 20 Fälle von extralegalen Hinrichtungen durch „Sicherheitskräfte“, im Jahr 2010
- in den letzten drei Jahren mehr als 450 Verurteilungen von Kindern zwischen 12 und 16 Jahren zu Haftstrafen zwischen 3 und 12 Jahren, wegen vermeintlicher Unterstützung, Mitgliedschaft oder Propaganda in/für eine/r terroristische/n Vereinigung - in den Urteilsbegründungen werden vermeintliche Steinwürfe oder das Zeigen des Victory- Zeichens bemüht; 5000 derartige Prozesse stehen noch aus
- eine Vielzahl von Polizeiübergriffen auf Demonstrierende – mehrere Menschen starben
- der systematische Einsatz von Tränengasgranaten als Waffe seit 2009 - mehrere Menschen wurden schwer verletzt – mehrere Menschen starben
- nahezu tägliche Militäroperationen gegen die PKK und die Zivilbevölkerung
- die Verhängung des Ausnahmezustands in einigen Regionen
- erneute Dorfvertreibungen
- psychologische Kriegsführung; Gewalt- und Morddrohungen gegen Oppositionelle, Attentate aus Kreisen der Polizei und des Militärs gegen kurdische AktivistInnen und Einrichtungen - politisch motivierte Vergewaltigungen durch „Sicherheitskräfte“
- gezielte Attentate durch Sicherheitskräfte und Militär
- in den kurdischen Provinzen kann man bezüglich des staatlichen Vorgehens von ausgedehnten und systematischen Angriffen auf die Zivilbevölkerung sprechen
- die wieder zunehmende Einschränkung der Pressefreiheit
- die Steigerung der Zahl der Gefängnisinsassen stieg insgesamt von 55.209 zu Beginn der Regierungszeit der AKP im Jahr 2002 auf über 124.000 Heute.

Hintergründe der Entwicklungen:

Die AKP – „Rolemodel“ der kompromisslosen neoliberalen Öffnung der Märkte im Mittleren Osten unter den Vorgaben des Medienzaren und Predigers Fethullah Gülen

WissenschaftlerInnen aus dem liberalen und linken Spektrum, internationale Experten und fortschrittliche GewerkschafterInnen sprechen in Anbetracht der Repressionspolitik der AKP, von einem „kalten grünen Putsch,“ in dessen Rahmen offenbar schrittweise sämtliche relevanten Oppositionskräfte ausgeschaltet werden sollen. Ministerpräsident Erdogan strebt eine zentralistische Präsidialherrschaft, in einer „regionalen Hegemonialmacht“ Türkei an.

Die graue Eminenz der AKP ist der Prediger und Medienzar Fethullah Gülen, der ein Medienimperium, mit der Auflagenstärksten Zeitung Zaman und mehreren Fernsehsendern, mehrere Privatuniversitäten, mehr als 200 Privatschulen, 500 Nachhilfeinstitute sowie 1000 „Lichthäuser“ für den Religionsunterricht, sowie an die jeweiligen Institutionen angeschlossene Wohnheime und eine Stiftung in der Türkei betreibt. Zudem unterhält die Gülen Bewegung zahlreiche Schulen und Wirtschaftsunternehmen im Irak, in Aserbaidschan, Turkmenistan, Usbekistan, Kasachstan, Kirgisien und Georgien.⁴

Die Anhänger der Gülen-Bewegung rekrutieren sich größtenteils aus der Mittelanatolischen Mittelschicht, sowie Mittelstands- und GroßunternehmerInnen. Sie bilden die Elite innerhalb der AKP. Gülen selbst ist bekennender Kommunisten- und Laizistenhasser und unterstützte in den 1980er und 1990er Jahren u.a. die Grauen Wölfe und reaktionär-islamische Parteien mit mehreren Milliarden Türkischen Lira. Als der Nationale Sicherheitsrat 1999 anfang die Bewegung, trotz deren guten Kontakten zu den jeweiligen Türkischen Regierungen, verfolgen zu lassen, setzte sich Gülen selbst in die USA ab.⁵ Von dort aus sandte er seinen AnhängerInnen eine Videobotschaft: „Die Anwesenheit unserer Schüler in der Justizverwaltung und dem übrigen Staatsapparat ist der Garant für unsere Zukunft. (...) Die Muslime dürfen nicht eilig handeln. Wer voreilig handelt, gerät in Gefahr, dass wie in Algerien, sein Kopf zerquetscht wird. (...) Ihr müsst, ohne aufzufallen und ohne auf Euch aufmerksam zu machen, an die Schaltstellen der Macht gelangen. Wir brauchen keine Märtyrer. Wenn Eure Kollegen im Amt Raki trinken, so müsst ihr sogar im Fastenmonat mit ihnen trinken, um nicht aufzufallen. Für unsere große Sache ist es euch erlaubt, euch zu verstellen.“⁶

Die Staatsbürokratie, die Gerichte, die Bildungsinstitutionen und weitere gesellschaftliche Bereiche werden heute, der o.g. Devise zufolge, von AnhängerInnen Gülens dominiert. Mehr als 70% des Polizeiapparates sind Anhänger des Predigers und die juristischen und militärischen Eliten werden seit Regierungsantritt der AKP im Jahr 2002, ebenfalls Stück für Stück, durch Anhänger der Bewegung ersetzt. Darüber hinaus sind auch an staatlichen Universitäten mittlerweile mehr als 1/3 der ProfessorInnen „Fethullacis“. Prüflinge der Universitätsaufnahmeprüfungen, wurden in den letzten Jahren bereits mehrfach, im Vorfeld, mit den Antworten von zentral durchgeführten Multiple Choice Tests versorgt, wenn sie sich der Bewegung anschlossen. Nicht derart bevorzugte, hatten in den Aufnahmerankings in diesem Rahmen kaum eine Chance einen Studienplatz zu bekommen.

⁴ Brauns, Nick, in Junge Welt vom 19.06.2009, Seite 10-11

⁵ ebd.

⁶ Kozmopolit, Deutsch-Türkisches Onlinemagazin, Ausgabe Nr. 9, Juni 2003

Auch die in Europa oft als Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen der 1990 Jahre gedeuteten Ergenekon- Verfahren, wurden hauptsächlich zum Austausch der kemalistischen Militäreliten und nicht zur historisch- möglichen und notwendigen Aufarbeitung von Unrecht und Verbrechen gegen die Menschlichkeit genutzt. Zu dieser Zeit wurden u.a. mehr als 17000 Menschen von staatlichen und paramilitärischen Killerkommandos aus den Reihen des „tiefen Staates“ ermordet. Die Toten verschwanden zum großen Teil in Massengräbern und Brunnen. Zudem wurden mehr als 3000 Dörfer in den kurdischen Provinzen des Landes entvölkert.

Schrittweise durchsetzt die AKP, mit Hilfe der genannten Maßnahmen und im Rahmen klientelistischer Vetternwirtschaft, sämtliche Gesellschaftsbereiche. Im Militär werden Schätzungen zufolge mittlerweile ebenfalls 60% der entscheidenden Positionen von Anhängern der AKP gestellt. Dem entsprechend werfen auch Analytiker aus den Reihen der CHP der AKP vor einen eigenen „Staat im Staate“ zu errichten. Kurz vor den Wahlen vollzog die AKP einen öffentlichen Schulterchluss mit dem militärisch dominierten Nationalen Sicherheitsrat und verfiel dabei in die Rhetorik der 1990er Jahre. Jegliches „Menschenrechtliche Engagement könne in Zukunft als Terrorismus oder Unterstützung von Terrorismus gedeutet werden. Der Staat habe entsprechende Instrumente zum verhindern ungewünschten Widerstands – vor allem seitens der KurdInnen,“ hieß es im Rahmen einer Presseveröffentlichung dazu.⁷

Zu ähnlichen Rückschlüssen kommt auch Soner Cagaptay im U.S. amerikanischen Magazin für außenpolitische Hintergründe, Foreign Policy, der die Gülen Bewegung als Ultrakonservativ einstuft. Er analysiert, dass die aktuelle Entwicklung in der Türkei, in der die Macht der vorher herrschenden Militäreliten zurückgedrängt wurde, nur vordergründig den Anschein einer Demokratisierung hat. In Wirklichkeit hat sich das Machtgefälle so vertauscht, dass nun die Gülen Bewegung an die Stelle der Militärs getreten sei und einen neuen „Tiefen Staat“ bilden würde. Cagaptay hält „die Bewegung, die Polizei und Nachrichtendienst kontrolliert und ihren Einfluss in der Justiz immer mehr ausbaut,“ für noch gefährlicher und skrupelloser als die Militärs in den 1990er Jahren.⁸

In Deutschland wird die Gülen Bewegung unter anderem durch den Grünen Vorsitzenden Cem Özdemir unterstützt⁹ und betreibt mittlerweile ein Nachrichtenportal, die „Deutsch-Türkischen Nachrichten.“ Dem Islamwissenschaftler Begin Agai, von der Universität Bonn zufolge, ist die Gülen Bewegung hier in jeder größeren Stadt mit Nachhilfezentren aktiv und bemüht sich Private Schulen zu eröffnen ohne dabei eine offizielle Zentrale zu besitzen.¹⁰ Die Menschenrechtsaktivistin Serap Cileli vertritt, den o.g. Einsichten zufolge, die Ansicht, dass Gleichgültigkeit und Unwissenheit der Deutschen über die Absichten des Predigers langfristig zu fatalen Folgen führen werde.¹¹

Was zunächst klingen könnte wie eine Verschwörungstheorie, ist ein wohlüberlegtes, systematisches Vorgehen zur Erlangung und Absicherung gesellschaftlicher Macht in der Türkei und im Mittleren Osten. Fethullah Gülen, der aufgrund von Strafverfahren in der Türkei, seit Ende der 1990er Jahre in den USA lebt und dort unter anderem vom FBI

⁷ <http://www.juergen-klute.eu/de/article/348.demokratie-mit-sicherheitsabstand.html>

⁸ http://www.foreignpolicy.com/articles/2010/02/25/whats_really_behind_turkeys_coup_arrests

⁹ <http://www.yenihayat.de/deutsch/die-gulen-gymnasien-deutschlands>

¹⁰ <http://www.ioa.uni-bonn.de/abteilungen/islamwissenschaft/europava/mitarbeiter/bekim-aga>

¹¹ Interview mit Serap Cileli, im Bayernkurier, 10.04.2010

protegiert wird, gehört der Sufi-Bruderschaft der Nakschibendi an, wie ebenfalls J. Talabani (Irakischer Vizepräsident, PUK), M. Barzani (Präsident der Kurdischen Autonomiegebiete im Irak, KDP) und Teile der iranischen Herrschaftseliten. Die Nakschibendi streben die Vorherrschaft im Mittleren Osten an und verknüpfen eine fundamentale islamische Orientierung mit einer wirtschaftlichen Öffnung nach „Westen.“ Sie gelten daher als, zunächst zuverlässiger Partner für den „Greater Middle East Plan“ der USA und koloniale Begehrlichkeiten der EU sowie der Bundesrepublik, in dieser Region. Die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Nakschibendi sind feudalistisch – islamisch, chauvinistisch und reaktionär. Diesen Vorstellungen entsprechend liest sich, bei genauerem Hinsehen das gesamte Programm der AKP.¹²

In seiner Balkonrede nach der Parlamentswahl 2011 bezog R.T. Erdogan auch Stellung in Bezug auf außenpolitische Expansionsgelüste der eigenen Machtssphäre: „Unsere Grüße gehen auch an unsere nationalen Verwandten in Bagdad, Baku, Damaskus, Kabul, Sarajevo, Teheran und den Turkstaaten Mittelasiens.“

Zur Lösung der kurdischen Frage versuchte die AKP zunächst, die mehrheitlich muslimischen Kurden, unter minimalen kulturellen und materiellen Zugeständnissen, an die eigene Religionsinterpretation und somit den türkischen Staat zu binden. Öffentlich wurde und wird der Wille zur Lösung der kurdischen Frage bekundet. Je deutlicher allerdings wurde, dass die Bindung an die eigenen Wert- und Machtvorstellungen nicht erfolgreich ist - und je stärker sich die BDP und deren Vorgängerpartei DTP mit einer an den Bedürfnissen und demokratischen Werten orientierten Kommunalpolitik in den kurdischen Provinzen - und u.a. durch parlamentarische Intervention auch in Bezug auf den gesamt türkischen Diskurs hinsichtlich der kurdischen Frage - durchsetzen konnte, umso vehementer wurde die oben erwähnte Verhaftungswelle gegen über 3500 politisch aktiven KurdInnen und die Ausweitung der Militäroperationen gegen die PKK betrieben.

Schlicht und einfach sanktioniert die AKP hier die nicht gelungene Machtübernahme und die Stärke der kurdischen Bewegung, basisdemokratische Kommunalstrukturen, ein mittlerweile ausgeprägtes politisches Selbstbewusstsein weiter Teile der Bevölkerung, sowie die Verankerung der PKK in der Bevölkerung. Die auf Basisdemokratie und Frauenbefreiung orientierte Politik der BDP ist das genaue Gegenteil der gesellschaftlichen Vorstellungen der Gülen Bewegung.

Von der Einbeziehung sämtlicher gesellschaftlicher Akteure in einen neuen Verfassungsgebungsprozess, wie vor den Wahlen angekündigt, war in Erdogans o.g. Balkonrede, nach der Wahl, folglich auch kein Wort mehr zu vernehmen.

Nach wie vor wird die AKP von den Herrschenden in Europa jedoch als gemäßigte islamische Kraft, mit starker Orientierung zur Demokratie, angepriesen. Dem gegenüber werten Wissenschaftler wie, Prof. Dr. Erol Katirciouglu, die Rolle Erdogans als die „eines Autokraten, dessen Paternalismus überbetont wird.“¹³ Seitens vieler Menschen in Kurdistan wird befürchtet, dass die AKP unter Erdogan in die Zeiten des Sultanats zurückstrebt.

¹² <http://eng.akparti.org.tr/english/partyprogramme.html>

¹³ <http://murat-cakir.blogspot.com/2011/06/parlamentswahlen-in-der-turkei.html>

Die von der AKP, sowie den Regierungen der USA und Europas bevorzugte Variante der „Machtübernahme“ der AKP oder einer „Farbenrevolution“ mit willfährigen politischen Kräften in den kurdischen Provinzen der Türkei, ist aufgrund der Stärke und politischen Verankerung der kurdischen Bewegung allerdings nicht umsetzbar. Das die u.a. aus diesen Gründen 2009 begonnene - und von der Gülen Bewegung dominierten Polizei und Teilen der Justiz umgesetzte - Verhaftungswelle, im Rahmen der KCK Verfahren, durch die sich die Anzahl der politischen Gefangenen von 5000 auf mehr als 8500 erhöhte, von den o.g. „internationalen“ Regierungen kaum kritisiert wird, hängt unmittelbar damit zusammen.

Die Politik von BDP und DTK

Die Politik der BDP und des basisdemokratischen kurdischen Dachverbands, dem Demokratischen Gesellschaftskongress (DTK), wie auch des „Wahlblocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit“ ist emanzipatorisch, ökologisch und sozialistisch geprägt. Orientiert wird auf basisdemokratische Regionalstrukturen, soziale Gleichheit, eine starke Frauenbewegung, Frauengleichberechtigung, die Überwindung feudalistisch- patriarchaler Strukturen, die Durchsetzung der Rechte sämtlicher Minderheiten und Bevölkerungsgruppen, sowie eine starke zivilgesellschaftliche Organisation und internationalistische Inhalte.

Es geht der BDP und dem DTK dabei nicht um einen eigenen kurdischen Staat, sondern um die Etablierung regionaler, föderalistischer Strukturen und einer Art Rätedemokratie innerhalb der bestehenden Grenzen.¹⁴ In der Kommunalpolitik, in der die BDP und ihre Vorgängerparteien seit der Jahrtausendwende stark verankert sind, werden dementsprechend für die Menschen sichtbare Verbesserungen umgesetzt und/oder Räume zur Entfaltung geschaffen, z.B.: in der Gesundheitsversorgung, der Kanalisation, der Infrastruktur, bei der Aufarbeitung von gesellschaftlichen und Kriegstraumata, in Bezug auf die Situation der mehreren Millionen InlandsmigrantInnen, bei den Freizeitmöglichkeiten, der Frauenarbeit, der Kultur und Kunst, der Selbstorganisation, wie auch bei der Überwindung von materieller und finanzieller Knappheit (in Form der Selbstermächtigung statt in Form des Karitativen). Die entsprechenden Entwicklungen werden tatsächlich basisdemokratisch in Stadtteilräten entwickelt und abgesichert.

Diese Kommunalpolitik ist sehr erfolgreich und vor allem dynamisch, obwohl die AKP versucht, sie nicht nur auf juristische und gewaltförmige Weise, sondern auch über die Finanzhoheit der Gouverneure über kommunale Belange, die europäischen Kriterien zuwiderläuft, zu verhindern.

U.a. durch die politischen Interventionen von Abdullah Öcalan, u.a. in Form von Verteidigungsschriften, sowie die Parlamentsarbeit der Demokratischen Gesellschaftspartei (DTP) bis zu ihrem Verbot und danach der BDP, seit 2007, hat sich auch der Diskurs zur kurdischen Frage in der Türkei stark verändert. Das Selbstbewusstsein und das politische Bewusstsein eines großen Teils der kurdischen Bevölkerung sind, gerade in den letzten Jahren, immens gewachsen. Dementsprechend hoch ist die Unterstützung der Bevölkerung für die BDP und den DTK (in Diyarbakir zwischen 60 und 70% in Hakkari über 80%, beim

¹⁴ Wahlprogramm des „Wahlbündnisses für Arbeit, Demokratie und Freiheit“ u.a. auf: <http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/hintergrund/Wahlen2011/index.htm>

Verfassungsreferendum über 90%). Die gesellschaftliche Dynamik und der Grad der Partizipation an politischen Prozessen, sowie die Entschlossenheit der Menschen, sind mit hiesigen Maßstäben kaum vorstellbar.

Ein wichtiger Aspekt in Zusammenhang mit Lösungsansätzen im Bezug auf die kurdische Frage ist, dass ein Grossteil der Menschen Verwandte hat, die bei der Guerilla sind. Zudem sind die Menschen auch durch gefallene, verwandte Guerillas und die unzähligen Verschwundenen und Folteropfer mit der Organisation verbunden. Sie sehen die Guerilla als ihren Schutz vor noch größeren Menschenrechtsverletzungen und der Ausrottung der eigenen Kultur. Auch der Völkerrechtler und ehem. MdB Prof. Norman Paech kommt, in einer Analyse der historischen Entwicklungen, zu dem Schluss, dass ohne die politische Intervention der PKK seit 1984, die kurdische Kultur vernichtet worden wäre.¹⁵

Besonders aufgrund der realen Kräfteverhältnisse und den darauf beruhenden, besonnen politischen Interventionen der BDP, wie auch ihrer Vorgängerparteien, wird in der Türkei seit ungefähr 1 ½ Jahren ein breiter gesellschaftlicher Diskurs über eine friedliche und demokratische Lösung der kurdischen Frage, in den Medien, in der Öffentlichkeit, auf wissenschaftlicher Basis und im politischen Alltag, geführt. Zu diesem Diskurs gehört, dass sämtliche politische Akteure, einschließlich der PKK und Abdullah Öcalan, als für einen Friedensprozess zu berücksichtigende Akteure, anerkannt werden. Auch liberale wissenschaftliche Stiftungen, wie z.B. die Türkische Stiftung für Wirtschaftliche und Soziale Studien TESEV, haben in mehreren Studien einen ernst gemeinten Dialog, zwischen dem Türkischen Staat und sämtlichen am Konflikt beteiligten Akteuren eingefordert und mögliche Komponenten von Lösungswegen detailliert skizziert.¹⁶ Die Negativzuschreibungen gegenüber der PKK und Abdullah Öcalan als Terrorist bzw. Terrororganisation, finden in diesem Diskurs, keinen Platz mehr.

In den soziologischen Studien der TESEV wird die Realität, dass die politisierte Bevölkerung nicht gewillt ist sich weiterhin autokratischen und durch militärische Besatzung und psychologische Kriegsführung geprägten Strukturen unterzuordnen skizziert. Benannt wird auch, dass ein Großteil der Menschen die PKK als ihren Schutz und Abdullah Öcalan als ihren wesentlichen politischen Vertreter sieht. Positiv werten die WissenschaftlerInnen der Stiftung den seit gut 10 Jahren, seitens der kurdischen Akteure, bekundeten Willen zum Frieden, der unter anderem in einer Vielzahl einseitiger Waffenstillstände seitens der PKK seinen Ausdruck findet. Kritisiert wird demgegenüber die Kriminalisierungspolitik und eskalierende Rhetorik seitens der Regierung. Das verwehren politischer Partizipation habe ausschließlich negative Folgen. Dazu gehöre, neben einem möglichen herausdrängen der kurdischen Bevölkerung aus demokratischen Prozessen, dass Menschen im Westen der Türkei unnötig verängstigt und zu nationalen Chauvinismus ermutigt werden. Das führe zu erneuten Angriffen auf kurdische InlandsmigrantInnen im Westen des Landes.¹⁷

Der genannten Politik und den Kräfteverhältnissen zufolge, finden seit geraumer Zeit auch Verhandlungen zwischen der Türkischen Regierung und Abdullah Öcalan, sowie der PKK, teilweise mit Protokoll, statt. Fraglich und von mehreren Komponenten abhängig ist inwieweit diese Verhandlungen seitens der Regierung ernst gemeint sind und positive

¹⁵ im Vorwort zu, Öcalan, A., Gigameschs Erben, Band 1, Atlantik Verlag, Bremen 2003

¹⁶ <http://www.tesev.org.tr/default.asp?PG=ANATR>

¹⁷ ebd.

Früchte tragen werden. Sicher ist dass, das Ergebnis der Parlamentswahlen 2011 wird von einem weiten Spektrum der türkischen Gesellschaft als klare Aufforderung zu einer friedlichen Entwicklung gesehen wird.

Aufgrund der zunehmend aggressiven staatlichen Repression, den auch nach den Wahlen anhaltenden Militäroperationen und der eskalierenden Rhetorik R.T. Erdogans, sowie dem Bewusstsein der eigenen Stärke verliert ein Großteil der kurdischen Bevölkerung zunehmend die Geduld die andauernden staatlichen Erniedrigungs- und Vernichtungsversuche weiter kampflos zu erdulden. Die polizeistaatliche und militärische Besatzung der kurdischen Provinzen, wird besonders in den ländlichen Regionen, wo der Aspekt der psychologischen Kriegsführung allgegenwärtig ist, als faschistoid wahrgenommen. Im Rahmen der Unterstützung einer internationalen Solidaritätskampagne für Hatip Dicle, analysierte die Rechtsanwältin Margaret Owen demzufolge: „Die Kurden haben jeden erdenklichen Weg beschritten um einen gewaltlosen und friedlichen Dialog mit der AKP zu ermöglichen. Wenn ihren rechtmäßigen und legitimen Forderungen nicht entgegen gekommen wird, ist der Türkische Staat für jede weitere Gewalt verantwortlich, die in einem Bürgerkrieg münden könnte.“

Die „Verlierer“ der AKP Politik sind ArbeiterInnen, Arbeitslose und die kurdische Bevölkerung

U.a. im Verlauf der Tekel Streiks 2009/2010 wurde deutlich wie rabiatt und rechtsstaatswidrig die AKP Regierung auch gegen Streikende oder Proteste von Erwerbstätigen vorgeht. Streikende und Protestierende wurden immer wieder von der Polizei zusammengeschlagen, misshandelt und Inhaftiert. Die monatelangen Streiks der ArbeiterInnen aus der Tabakindustrie, die sich gegen ihre bevorstehende Entlassung und den marktradikalen Umbau der Arbeitsverhältnisse insgesamt wehrten, wurden international, auch von vielen GewerkschafterInnen aus der Bundesrepublik und Europa unterstützt. Sie waren, was die Mobilisierungsfähigkeit und den Aufbau der Solidarität der emanzipatorischen Kräfte in der Türkei angeht, ein gutes Zeichen und ein Ausgangspunkt der Zusammenarbeit von Kräften aus der türkischen Linken und der BDP, die den Streik ebenfalls unterstützte.¹⁸

An der Umsetzung der autokratischen und klientelistischen Politik der AKP änderten die Streiks allerdings zunächst wenig - der Reichtum, der u.a. durch die radikale Öffnung der türkischen Märkte für den „Westen“ gewonnen wurde, wird, wie in neoliberal-kapitalistischen Formationen üblich, nach Oben und klientelistisch verteilt, anstatt durch Umverteilung nach unten und einen Ausbau des Arbeitsmarktes zum Wohle Aller genutzt zu werden. Faktisch bleibt das, entgegen weltweiten Trends, leichte Wirtschaftswachstum, für den Großteil der Bevölkerung wirkungslos. Auch die Arbeitslosenzahlen sowie die Zahl derjenigen, die völlig von jeglicher Teilhabe ausgegrenzt werden, nehmen weiter zu. Diesbezüglich sind, neben der weiter fortgeführten Aushöhlung des Arbeitsrechts, das skrupellose niederwalzen von ganzen Gecekondos (Inlandsmigrantisch geprägten Vororten) in Istanbul und die Vertreibung von Sinti und Roma und KurdInnen aus Istanbuls Innenstadt, (Beyoglu) durch hemmungslose und von mafiösen Methoden geprägte Gentrifizierungsmaßnahmen, sowie die erneuten Dorfvertreibungen in den kurdischen Provinzen des Landes durch das Militär, weitere Beispiele.

¹⁸ <http://www.labournet.de/internationales/tr/aktionoderstreik.html>

Fazit

Das Vorgehen der AKP Regierung gegen den „Wahlblock für Arbeit, Demokratie und Freiheit“ und die politischen VertreterInnen auf kurdischer Seite, vor und nach den Wahlen, wie auch der Umgang mit den Tekelstreiks ist mit der beschriebenen Politikausrichtung der AKP konsistent. Ein sich Formieren der gesamtlinken in Zusammenarbeit mit einer starken emanzipatorischen kurdischen Kraft, soll auf jede erdenkliche Art torpediert und kriminalisiert - und jegliche wirksame Opposition in eine terroristische Ecke gestellt werden, um das eigene machtpolitische Projekt - die eigene Hegemonie - abzusichern.

Zudem wird, ähnlich wie im Baskenland, versucht diejenigen Persönlichkeiten, die ein selbstbewusstes, emanzipatorisches Projekt am konsistentesten vertreten, durch juristische psychische oder physische Gewalt zu delegitimieren und zu zerstören. Die Festnahmen im Rahmen des KCK Verfahrens seit 2009 und die Aberkennung des Mandats von Hatip Dicle, sowie die Nichtfreilassung der 5 Abgeordneten aus dem Wahlblock für Arbeit, Demokratie und Freiheit, sind Beispiele für diese Praxis.

Die Pressefreiheit wird in diesem Rahmen erneut stärker eingeschränkt und die militärische Zuspitzung der Lösung der kurdischen Frage bewusst zu Ungunsten gesellschaftlicher Stabilität eskaliert. Die kontinuierlichen Friedensangebote und einseitigen Waffenstillstände, die Friedensbemühungen Abdullah Öcalans, sowie die demokratischen Interventionen der BDP und des DTK, ignoriert die AKP, soweit es irgend möglich ist und international anerkannt wird. Der (internationalen) Öffentlichkeit werden in diesem Zusammenhang marginale Zugeständnisse oder auch eine Zurücknahme von kurz zuvor umgesetzten Verschlechterungen der Situation, als demokratische Initiativen verkauft. Die Verfassungsreformpläne der AKP und Versuche zur Lösung der kurdischen Frage werden allerdings ohne die Einbindung der weiteren gesellschaftlichen Akteure Makulatur bleiben. Diese Ansicht wird selbst in weiten Kreisen der Türkischen Mainstreammedien so geäußert.

Die Regierungen innerhalb der EU preisen die Eskalationspolitik der AKP weiterhin als „Rolemodel“ für einen gemäßigten Islam im Mittleren Osten an und bevorzugen in Bezug auf die Lösung der kurdischen Frage, dort nicht mögliche Varianten wie die Machtübernahme durch die AKP oder eine „Farbenrevolution.“ Aus rein wirtschaftlichen und geostrategischen Motiven, tragen sie daher eine Mitverantwortung für kontinuierliche, gravierende Verletzungen der Menschenrechte und des Völkerrechts. Die Türkei gilt ihnen weiterhin als wichtiger Vorhof zum Mittleren Osten, NATO-Bündnispartner - und besonders wichtig für die geplanten „Neustrukturierungen“ im Irak, in Syrien, im Iran, im Libanon und in Ägypten. Gerade in diesem Zusammenhang besteht offenbar die Befürchtung, dass eine gut organisierte, dynamische, sozialistische Bewegung, wie sie die kurdische Bewegung ist, den unorganisierten und deshalb leicht instrumentalisierbaren „Demokratischen Bewegungen“ in diesen Ländern als Vorbild dienen könnte, wenn nicht weiterhin mit allen Mitteln versucht wird ihre Entfaltung zu verhindern.

Die aggressive türkische Repressionspolitik wird seitens der europäischen Regierungen offensiv unterstützt und mitbetrieben – u.a. im Rahmen sicherheitspolitischer und militärischer Zusammenarbeit, der Ausrüstung der Türkei mit Waffen und Repressionsstruktur und Ausbildungsprogrammen, sowie der erneut zunehmenden Kriminalisierung der legitimen politischen kurdischen VertreterInnen in Europa. Zuletzt

wurde das sichtbar im Rahmen einer Razzia- und Festnahmewelle gegen legal arbeitende Vereine in Frankreich, wie auch zunehmender Repression und Festnahmen in Deutschland. Zur derzeitigen Gesamtstrategie gehört auch der Ausbau militärischer, juristischer und polizeilicher Kompetenzen zur Bekämpfung von wirksamen Oppositionsbewegungen im Rahmen der EU Außen- und Sicherheitspolitik¹⁹.

Der überwiegende Teil der hiesigen Mainstreammedien, die in Bezug auf das Thema Türkei leider relativ gleich geschaltet sind, berichtet meist einseitig und oft auch bewusst wahrheitswidrig im Rahmen der vorgegebenen Hegemonie. Das geschieht erschreckender Weise noch weit unter dem Differenzierungsniveau der türkischen Mainstreammedien, deren JournalistInnen und RedakteurInnen allerdings weit größerem Repressionsdruck ausgesetzt sind.²⁰

Wie in patriarchal-kapitalistischen Gesellschaftsordnungen üblich, stehen bei der Gestaltung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik, die ungeschminkten und ungebremsten wirtschaftlichen Interessen einem, an Grund- und Menschenrechten orientiertem politischen Handeln im Weg. Eine Demokratisierung der Türkei und die Gewährung von kulturellen und Grundrechten für die kurdische Bevölkerung und religiöse Minderheiten, würden auf jeden Fall durch diplomatischen Druck aus Europa vereinfacht.

Die europäischen Regierungen haben allerdings offenbar zuviel Angst vor der beschriebenen dynamischen, linksemanzipatorischen, demokratischen Bewegung, die durch die kurdische BDP und den Linken Wahlblock ihren parlamentarischen Ausdruck findet. Denn eine demokratisch organisierte Gesellschaft, in einer so ressourcenreichen Region, wäre nicht mehr so leicht instrumentalisierbar, wie eine von gravierenden gesellschaftlichen Auseinandersetzungen geprägte Gesellschaft und ein sich autokratisch entwickelnder Staat. In patriarchal-kapitalistischen Formationen neigen die Herrschenden zudem ohne den Druck von starken gesellschaftlichen Bewegungen grundsätzlich zu gewaltförmigen Konfliktlösungsansätzen. Deshalb wäre für eine positive Entwicklung wohl auch förderlich, wenn die Friedensbewegung, sowie außerparlamentarische und parlamentarische Kräfte in Europa die Situation in der Türkei und die kurdische Frage mehr zu ihrem Thema machen würden.

In Bezug auf die kurdische Frage müssten sowohl seitens der türkischen Regierung, wie auch international, die BDP und der DTK, sowie Abdullah Öcalan und die PKK als gleichberechtigte Dialogpartner in einem möglichen, ernsthaften - und nicht nur angedeuteten - Friedensdialog anerkannt und der direkt nach der Wahl erneuerte einseitige Waffenstillstand der PKK sofort positiv erwidert werden. Darüber hinaus wäre notwendig Wege der Aufarbeitung geschehenen Unrechts und der Integration der politischen Gefangenen und Guerillas in das demokratische Leben zu eröffnen. Die kurdische Seite ist seit langer Zeit zu einem derartigen Friedensprozess bereit - jedoch ist die Geduld und Leidensfähigkeit der Bevölkerung in Bezug auf die anhaltenden menschenverachtenden staatlichen Praktiken und die Hinhaltetaktik der AKP soweit überstrapaziert, das im Fall einer Fortsetzung dieser Vorgehensweisen, ein erneuter Bürgerkrieg droht.

Artikel: Martin Dolzer (Soziologe)

¹⁹ <http://www.nrhz.de/flyer/beitrag.php?id=14203>

²⁰ Dolzer, Martin, in „Der türkisch-kurdische Konflikt“, Pahl-Rugenstein, Bonn, 2010